

# Die SPD macht Mobilfunk zum Ratssthema

Was in Finnentrop alles nicht geschehen ist

**FINNENTROP.** (wp)

Das Thema Mobilfunkversorgung in der Gemeinde Finnentrop soll auf Antrag der SPD in der Ratssitzung am 20. Februar diskutiert werden. In einer vom Fraktionsvorsitzenden Bernd Dahlmann unterzeichneten Presseerklärung heißt es:

„Da hat uns die Finnentropener Politik ja was Schönes eingebrockt! Diese geballte Empörung der Bevölkerung bekamen nicht nur Bürgermeister Heß, die Vorsitzenden der Fraktionen, sondern auch die übrigen Ratsvertreter massiv zu spüren. In einer Nacht- und Nebelaktion seien die Fundamente für den 20 m hohen Funkmast gegossen, unter schwierigsten äußeren Bedingungen sei der Mast im Eiltempo errichtet, um nur nicht noch Anlage oder besonders den Standort erklären zu müssen. So dachten die Anwohner. Gleich so dachten auch die Mitglieder der SPD-Fraktion. Denn sie waren weder bei der Auswahl dieser Basisstation noch bei der Standortfrage in irgendeiner Weise beteiligt. Alleingang vom Bürgermeister und der Verwaltung? Auf Anfrage reagierte man hier gelassen und mutmaßte gar einen Ratsbeschluss oder ein anderes positives Votum der Gemeindevorteiler für diese Anlage. Es gibt und gab nichts in der Form. „Kommt man damit durch, wenn auf diese Weise Fakten geschaffen werden?“

Vor einiger Zeit gab es eine Diskussion um einen Sendemast für die D- und E Netze, der auf dem Dach des Rathauses errichtet werden sollte. Die mit diesen Netzen betriebene Datenübertragung ist in heutiger Zeit abgelöst durch

UMTS, mit der eine bis zu 200fach schnellere Übertragung gewährleistet wird. Ob es die kritischen Stimmen der Rathausmitarbeiter waren oder die neue Technik, der Sendemast wurde nicht errichtet. An weitere Diskussionen über neue Sendemasten und andere Standorte konnte sich keiner erinnern. Zwischenzeitlich hatte der Bund in Person von Hans Eichel die Sendefrequenzen für fast 100 Milliarden DM an sechs Mobilfunkanbieter verkauft. Diese haben sich dabei verpflichtet, bis 2005 mindestens 50% der Gesamtbevölkerung mit UMS zu versorgen. Die Marktnachfrage bewirkt ein Übriges zum schnelleren Ausbau. Die Kommunen hatten keine rechtliche Möglichkeit, beim Aufbau des „Netzwerkes“ mitzuwirken. Der Bund regelte die Immissionswerte und eine Regulierungsbehörde überwachte alles. Oft wurden Kommunen nicht einmal über die Errichtung neuer Sendeanlagen informiert. So entstanden unüberbrückbare Gegensätze, die durch eine Vereinbarung zwischen den Partnern aufgeweicht werden sollten. Darin heißt es: „Die geplante Einrichtung neuer Sendeanlagen in der Nähe von Kindergärten und Schulen bedarf einer besonderen Prüfung.“ Weiter: Es sollen im Vorfeld „vorhandene Informationsdefizite, Ängste und Sorgen wegen möglicher Gesundheitsrisiken sowie das Bewusstsein des Ausgeliefertseins abgebaut werden.“ Dies alles ist in Finnentrop nicht geschehen, nicht im Rat und nicht auf der Straße.

Deshalb hat die SPD-Fraktion beantragt, den Punkt Mobilfunkversorgung auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 20. Februar zu setzen.

Kommentar Lokalseite 2